

Die Lernpartnerschaft „Frauenrechte stärken“ wird von der Europäischen Kommission finanziell unterstützt

Grundtvig - Lernpartnerschaft „Frauenrechte stärken“

Treffen in Sliven, 07.04. – 11.04.2014

Ergebnisse

In der Diskussion wurde festgestellt, dass die Berufstätigkeit von Frauen in allen Partnerländern selbstverständlich ist. Frauen möchten den Lebensunterhalt für sich selbst und die Familie erwirtschaften und streben eine berufliche Entwicklung an. Oftmals sehen sie sich jedoch mit Benachteiligungen wie der „gläsernen Decke“, dem „gender pay gap“, sexuellen Belästigungen und allgemeiner Diskriminierung von Frauen konfrontiert. Eine finanzielle und arbeitsrechtliche Absicherung rund um Schwangerschaft, Geburt und Elternzeit ist –länderspezifisch gegeben. Auch die Unterbringung der Kinder in Kindertageseinrichtungen wird generell, gesellschaftlich gefördert. Es bestehen allerdings immer noch große Unterschiede zwischen Stadt und Land. Im Falle von Arbeitslosigkeit existieren in allen Partnerländern Hilfesysteme.

- Dennoch stellte sich heraus, dass Menschen mit besonderen Bedarfen gezielt unterstützt werden müssen. Für die Partnerinnen ist es wichtig, dass insbesondere Alleinerziehende gefördert werden, denn sie sind besonders von Armut und Arbeitslosigkeit bedroht.
- In den Partnerländern gibt es Projekte und Initiativen, die sich engagieren, um Frauen mit besonderen Bedarfen, z.B. mit körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung, in der Situation als alleinerziehende Mutter oder mit Migrationshintergrund in Arbeit zu bringen. Die teilnehmenden Partnerprojekte sind dafür beispielhaft.

Junge Frauen sind in allen Partnerländern sehr gut ausgebildet. Ein hoher Prozentsatz strebt eine akademische Ausbildung an und schließt diese auch ab. Nach der Elternzeit in den ersten Lebensmonaten der Kinder wird aber eine Rückkehr in den Beruf oft schwierig. Alle berichten von Vereinbarkeitsproblemen von Familie und Arbeit. Alle Partnerinnen bieten in ihrer Projektarbeit Unterstützung an und bringen das Problem in die öffentliche Diskussion.

- Bisher übernehmen Männer nur selten die bezahlte Elternzeit. Dies begründet sich scheinbar auf traditionellen Rollenbildern, die in den Partnerländern noch vorherrschen. Veränderungen werden nicht heute und morgen sondern prozesshaft durch ein gesamtgesellschaftliches Umdenken erreicht.
- Auch in der Familienverantwortung (Erziehung/Pflege der Kinder und der kranken Eltern) sind Frauen noch Hauptdienstleisterinnen. Das heißt, die Frauen tragen in Bulgarien, Polen, Österreich und Deutschland die Hauptlast zusätzlich zur Berufstätigkeit. Auch hier sprechen sich alle Partnerinnen für weiterführende Veränderungen aus, sowohl in der Modifizierung der traditionellen Geschlechterrollen als auch in der Anpassung des Arbeitsmarktes und der Einrichtung von attraktiven Wohnformen für alte Menschen. Dafür braucht es konkrete politische Schritte, einen Ausbau der Unterstützungssysteme und stabile, dauerhaft finanzierte Projekte wie die der beteiligten Partnerorganisationen.
- Als positive Unterstützungsbeispiel werten die Lernpartnerinnen die Praxis der KITA-Platz Vergabe in Polen: alleinerziehende Eltern werden bevorzugt.

Die Lernpartnerschaft „Frauenrechte stärken“ wird von der Europäischen Kommission finanziell unterstützt

Die Ungleichbezahlung von Frauen und Männern bei gleicher Arbeit gehört in allen Partnerländern noch zur Realität auf dem Arbeitsmarkt.

- In allen Partnerländern steigt die Gehaltsdifferenz (gender gap) mit dem Bildungsniveau, dem Alter und der Berufserfahrung. Der equal pay day bringt das Thema in Deutschland seit Jahren mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen ins gesellschaftliche Bewusstsein. Diese Idee wollen die Projektpartner mit in ihre Ländern nehmen.
- In frauendominierten Branchen, wie z.B. dem Dienstleistungssektor, dem Gesundheitswesen oder im Handel gibt es generell eine niedrige Bezahlung und wenig Karrierechancen. Anscheinend werden Dienste an/ für Menschen weniger wertgeschätzt. Die Partnerinnen setzen sich für eine diesbezügliche Veränderung ein und unterstützen Mädchen und Frauen. Der Girl's Day in Deutschland oder der Töchtertag in Österreich bietet Mädchen einen Einblick in technische Berufe, um ihnen die Perspektive bei der Berufswahl zu erweitern. Als Perspektive wünschen sich die Partnerinnen die Aufwertung frauendominierter Berufe und die Ermutigung von Frauen für eine andere Berufswahl.
- In Bulgarien und Polen ist ein Mindestlohn festgesetzt. In Deutschland wird er ab 2015 eingeführt. Die Partnerinnen betrachten den Mindestlohn als einen ersten Schritt in die richtige Richtung, besonders für Frauen.

Die Arbeitslosenquote weist in allen Partnerländern ein Gefälle auf. Mehr Frauen sind arbeitslos und langzeitarbeitslos. In Bulgarien wird dieser Tatsache mit nationalen- und europäischen Programmen entgegengewirkt, es fördert u.a. regionale Maßnahmen, Weiterbildungen, Arbeitsprojekte oder die Selbstständigkeit von Frauen.

- In Österreich gibt es über 600 Projekte, die sich für eine Wiedereingliederung von arbeitslosen Menschen einsetzen.
- Generell stellten die Partnerinnen fest, dass für Frauen heute länderübergreifend eine Berufstätigkeit selbstverständlich ist und zu ihren Lebensentwürfen gehört. Die Erwirtschaftung des eigenen Lebensunterhaltes wird angestrebt. Die polnischen Partnerinnen erklärten, dass das Interesse an Fortbildung und Qualifizierung bei Frauen besonders hoch ist. Auch hier braucht es noch bessere Hilfestrukturen, damit eine Vereinbarkeit von Familie, Arbeit und Bildung für Frauen selbstverständlich wird.
- Insgesamt muss länderübergreifend noch zwischen dem ländlichen und städtischen Raum unterschieden werden. In den Städten gibt es eine bessere Infrastruktur, Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen, soziale Netzwerke unabhängig von der Familie, Ausbildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten und Kindertagesstätten. Auf dem Land sind traditionelle Geschlechterrollen und Religionen noch stärker ausgeprägt, Frauen sind vom Familienverband abhängiger, es gibt weniger Infrastruktur und lange Anfahrten zu Schule, Ausbildung oder Weiterbildung.
- Fazit: auch hier braucht es neue Hilfsangebote und politische Entscheidungen, um Frauen in ländlichen Regionen zu informieren, einzubeziehen und deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt in Zukunft intensiv zu unterstützen.